Nummer 44 — 29. Jahrgang

Erscheint 6 mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und der Kinderbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Desczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Freitag, den 21. Februar 1930

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Franz Bungartz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Polierstraße 17, Fernruf 21012, Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Polierstraße 17, Fernruf 20711 und 21012.

Pause in London —

Die Flotten-Konferenz bis 26. Februar vertagt

Wegen der Pariser Krise

London, 20. Februar.

Offiziell wird bekanntgegeben, daß die Beratungen der Seemächtekonferenz auf Grund der gestern erfolgten Besprechungen zwischen den Leitern sämtlicher beteiligten Delegationen, soweit sie zurzeit in London anwesend sind, bis zum 26. Februar vertagt worden sind.

*

Die Krise, in der sich die Londoner Flottenkonferenz seit der Ueberreichung des französischen Aufrüstungsprogramms befindet, ist durch den Sturz des Kabinetts Tardieu derart kompliziert worden, daß nur eine Unterbrechung der offiziellen Arbeiten (um vorläufig eine Woche) ein vorzeitiges, ergebnisloses Ende verhindern konnte. Die Führer der Delegationen, mit Ausnahme Frankreichs, werden während der Pause der Beratungen in London bleiben und den informellen Meinungsaustausch über die strittigen Fragen fortsetzen.

Italiens Denkschrift

Mussolinis Vorstoß gegen Frankreich.

London, 20. Februar.

Die letzte Sensation der nunmehr vertagten Flottenkonferenz bildete die italienische Denkschrift, die ein entschiedenes Bekenntnis zum Abrüstungsgedanken und darüber hinaus eine spontane Anerkennung des Wertes der bestehenden internationalen Sicherheitsgarantien enthielt. Mussolini, der, wie erinnerlich, sich ohne jeden Enthusiasmus und eigentlich nur der Form halber, 1928 am Kelloggpakt beteiligte, hat es diesmal ausgezeichnet verstanden, die Sprache seiner angelsächsischen Verhandlungspartner zu sprechen.

Die englische Presse aller Richtungen ist höchst befriedigt. Der amtlichen Kreisen nahestehende diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" äußert z. B.: „In britischen und amerikanischen Kreisen ist durch die italienische Denkschrift ein äußerst günstiger Eindruck hervorgerufen worden. **Sie wird als eine glückliche Verbindung von Pakt und Festigkeit angesehen.** Bemerkenswert ist das Fehlen jeder Bezugnahme auf einen Mittelmeerpakt oder auf „neue Sicherheitsverträge". Zwei Erwägungen mögen diese Lücke verursacht haben, nämlich die Nichtbeachtung der italienischen Garantie des Locarnopaktes durch Frankreich und die Einsicht, daß Amerika an einem solchen Pakt nicht teilnehmen würde. Macdonald und Stimson empfingen große Genugtuung über die Tatsache, daß Italien eine wesentliche Rüstungseinschränkung infolge des Locarnovertrages und des Kelloggpaktes gerechtfertigt und angemessen findet".

Dabei ist zu beachten, daß Italien strikt an seiner Forderung nach Parität mit Frankreich festhält und alle Abrüstungsmaßnahmen im einzelnen — Abschaffung der Panzerschiffe, U-Boote, usw. — von einem allgemeinen Uebereinkommen abhängig macht. Es hat aber gerade damit seinen Hauptzweck, die französische Alternative „neue Rüstungen oder neue Sicherheiten" ad absurdum zu führen, erreicht und den französischen Anspruch, das Monopol der Friedenspolitik zu besitzen, durch eine noch stärkere Ablehnung des Gedankens an jeden Krieg erschüttert.

Amerika und Frankreichs Wünsche

Washington, 20. Februar. (Reuter.) Die Frage einer Stärkung des Kelloggpaktes entsprechend den französischen Wünschen beschäftigt nach wie vor die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung, wenn es auch als zweifelhaft gilt, ob eine solche politische Maßnahme praktisch möglich ist. Maßgebende Beamte des Staatsdepartements stellen in Abrede, daß dem Weißen Hause ein derartiger Vorschlag zugegangen ist; doch verlautet, daß Staatssekretär Stimson während der letzten Woche mit dem Präsidenten Hoover wegen dieser Frage ständig in Fühlung gewesen ist. **Es heißt, der Präsident sei dafür, den Franzosen auf halbem Wege entgegenzukommen.** Er sei aber besorgt wegen der Aufnahme, die ein solcher Schritt im Senat finden könnte. Präsident Hoover will, daß ein in London abgeschlossenes Flottenabkommen unbedingt vom Senat ratifiziert wird. Da nur 5 Unterzeichner des Kelloggpaktes auf der Konferenz vertreten sind, könnte ein ungünstiger Eindruck entstehen, wenn irgend eine dieser Mächte versuchen würde, den Pakt abzuändern.

— und in Berlin

Die Beratungen der Finanzsachverständigen vorläufig unterbrochen

Fertigstellung der Vorlagen

Berlin, 20. Februar.

In den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Finanzsachverständigen der Fraktionen ist gestern abend eine Pause eingetreten. Der Finanzminister Dr. Moldenhauer ist der Ansicht, daß die bisherigen Besprechungen genügend Material für die Ausarbeitung der notwendigen Steuervorlagen geliefert haben. Andrerseits haben die Beratungen der Finanzsachverständigen gezeigt, daß auf eine sofortige Einigung der Fraktionen wenig Aussicht besteht. Umstritten ist nach wie vor besonders die Frage, auf welche Weise die Arbeitslosenversicherung saniert werden soll. Die zur Erörterung gestellte Erhöhung der Umsatzsteuer wird von der Mehrzahl der beteiligten Fraktionen abgelehnt. Gegen die geplante Erhöhung der Biersteuer, die 270 Millionen erbringen soll, hat sich vor allem die Bayerische Volkspartei gewandt. Heftigen Widerstand findet das von der Sozialdemokratie vorgeschlagene „Notopfer". Man verstand darunter einen Zuschlag zur Einkommensteuer, nach einem anderen nur eine Sonderabgabe, die von den über einer gewissen Einkommensgrenze stehenden Festbesoldeten erhoben werden sollte.

Der Finanzminister ist der Auffassung, daß es nun an der Zeit ist, daß auf Grund der bisherigen Beratungen die Regierung von sich aus positive, fest umrissene Vorschläge macht. Bis zur Fertigstellung der nötigen Gesetzesvorlagen soll eine Pause in den Beratungen der Finanzsachverständigen eintreten. Dr. Moldenhauer hofft, die erforderlichen Entwürfe schon Anfang nächster Woche dem Kabinett vorlegen zu können. Nach der Genehmigung durch das Kabinett würden die Fraktionen vor die Frage gestellt werden, ob sie der Regierung das Vertrauen versagen wollen oder nicht. Das Ziel der Regierung ist nach wie vor, die Mittel zu beschaffen, die zur Sanierung der Reichsfinanzen notwendig sind, und damit der Wirtschaft die Aussicht auf eine spätere Steuersenkung zu eröffnen.

Diese Pause in den finanziellen Beratungen muß naturgemäß auch zurückwirken auf die Beratung des Youngplans. Bekanntlich steht das Zentrum auf dem Standpunkt, daß eine Annahme des Youngplanes unverantwortlich ist, solange nicht Klarheit über die künftige Gestaltung der Reichsfinanzen herrscht. Das Zentrum wird an dieser Auffassung unter allen Umständen festhalten.

45-Millionen-Kredit für Berlin

Berlin, 20. Februar. Der Magistrat hat das Angebot eines unter Führung der Preußischen Staatsbank und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft stehenden Bankenkonsortiums auf einen Kredit von 45 Millionen Reichsmark angenommen.

Die Bedingungen des Kredits sind folgende: Zinssatz 1 Prozent über Reichsbankdiskont, mindestens jedoch 7 Prozent. Ferner ist eine Provision von ein Achtel Prozent vom Monatshöchstbetrage des Kredits pro Monat und eine einmalige Bereitstellungsprovision von 1 Prozent zu zahlen. Letztere ermäßigt sich bei vorzeitiger Rückzahlung. Der Kredit ist vom 1. Juli 1931 ab in monatlichen Teilbeträgen von 3 Millionen Reichsmark zurückzuzahlen. Der Kredit soll die Fertigstellung der dringlichsten Brücken- und Straßenbauten, Schulen, Bäder und Krankenhäuser ermöglichen und die Kosten verschiedener unumgänglicher außerordentlicher Vertragsleistungen decken. — Der Kredit bedarf der Genehmigung des neu eingesetzten Kreditausschusses der deutschen Städte, der Aufsichtsbehörde sowie der Zustimmung der Finanzdeputation und der Stadtverordnetenversammlung.

---

* **Die vereinigten Reichsausschüsse zur Beratung des Youngplanes** setzten am Mittwoch die Beratung der Novelle zum Bankgesetz fort. Staatssekretär Trendelenburg teilte mit, daß ein Gesetzentwurf über die Aenderung der Gewinnverteilungsvorschriften den Reichsrat am Donnerstag beschäftigen werde und dann alsbald dem Reichstag zugeleitet werden solle. Weiter sei eine Aenderung des Golddiskontbankgesetzes in Vorbereitung, um die Steuerfreiheit abzuschaffen, die diesem Institut früher unter anderen Umständen gewährt worden sei. Ein weiterer Gesetzentwurf über die Tilgung der Rentenbankscheine sei in Vorbereitung. Er sehe die Tilgung für 1942 vor. Der Regierungsvertreter wandte sich dann gegen die deutschnationale Auffassung über die Goldeinlösungspflicht. Es könne keine Rede davon sein, daß Paragraph 31 nur zugunsten einzelner Noteninhaber in Kraft gesetzt werden solle.

Schobers Berliner Reise

(Von besonderer österreichischer Seite.)

Wien, 20. Februar.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Johann Schober wird morgen zu mehrtägigem Aufenthalt nach Berlin reisen, wo aus diesem Anlaß eine Reihe politischer und gesellschaftlicher Veranstaltungen vorgesehen sind. Der Kanzler tritt diese Reise kurz nach dem Besuch in Rom an, nachdem er bei der Heimkehr aus der italienischen Hauptstadt noch an der Einweihung einer Brücke teilgenommen hat, durch die zwischen Oesterreich und Jugoslawien eine neue und nicht unwichtige Verbindung hergestellt wird. Nunmehr will sich Bundeskanzler Dr. Schober mehrere Tage in der Hauptstadt des Deutschen Reiches aufhalten, wo er mit den leitenden Persönlichkeiten eingehende Aussprache über jene Fragen pflegen wird, die zwischen Deutschland und Oesterreich schweben. Den Rätselratern und Kommentatoren ist diesmal die Arbeit leichter gemacht als bei der Romreise, die man um jeden Preis mit Geheimnissen umgeben will, so sehr man sich auch in Wien dagegen wehrte. Da aber die Wahrheit doch immer uninteressanter ist, so haben wieder einmal die Lügen lange Beine, auf denen sie andauernd durch alle Welt spazieren. Die betonten Worte Mussolinis, Oesterreich sei ein gewichtiger Faktor in der mitteleuropäischen Politik, lassen eben die Ausdeuter nicht schlafen, andererseits haben sie aber vielleicht einige Schläfer aufgeweckt. Denn auch das scheint eine Folge dieser Romreise für Oesterreich zu sein (wenn man einige Stimmen hier richtig hört), und es wäre vielleicht nicht die unerfreulichste Folge, wenn durch die neue Aktivität der österreichischen Außenpolitik die eine oder andere Stelle daran erinnert würde, daß Oesterreich möglicherweise doch mehr ist, als man eine Zeitlang glaubte, daß es sei ...

Bundeskanzler Schober selbst hat den Prolog zu seiner Reise nach Berlin gesprochen. Der Kanzler hat auf einer gesellschaftlichen Veranstaltung der österreichischen Schriftsteller und Journalisten in einer Rede vor allem die Versuche zurückgewiesen, die Reise nach Rom zu politischen Geheimniskrämereien zu benützen, er hat mit starken Worten alle Nachrichten als Fälschungen bezeichnet, die den Zweck verfolgen, die in tausendjähriger Geschichte begründete Blutsbrüderschaft zu Deutschland und das kaum angebahnte Verhältnis Oesterreichs zu Italien zu stören. „Wer mich kennt," sagte der Kanzler, „weiß, daß ich der Würde unseres Landes nichts vergebe und an meiner Liebe zum deutschen Volke lasse ich von niemandem rütteln! Meine Reise nach Rom war ein österreichischer Erfolg, der durch meine Fahrt nach Berlin ergänzt und vervollständigt werden wird." Schober ist tatsächlich der Letzte, der eine machiavellistische Politik treiben könnte, auch seine heftigsten Gegner erkennen ihn als aufrechten Mann; an der Ehrlichkeit der Worte Schobers ist nicht zu zweifeln und wenn man trotzdem in einem Teile des Auslandes daran festhalten will, daß der Bundeskanzler in Rom Dinge abgemacht habe, die er nur nicht Schwarz auf Weiß nach Hause getragen hätte, so ist dies eine konjunkturpolitische Spielerei. Schober sagte in seiner Rede vor den Journalisten auch, man müßte sich in Oesterreich freuen, daß die Republik wieder zur Geltung komme und im Ausland würdig behandelt werde; und in der Tat, die gut österreichisch Denkenden freuen sich über diese Wendung und sie rechnen vor allem mit der Zustimmung jener, die ihre Blutsverwandten sind, und deren Interesse es nicht sein kann, daß Oesterreich unbeachtet, mit dem Hute in der Hand am Wege Europas stehe.

Man weiß hier, daß Bundeskanzler Schober in Deutschland nicht nur als das Oberhaupt eines befreundeten Landes empfangen wird, daß man in ihm vielmehr den Repräsentanten der deutschen Brudernation begrüßt. Der Kanzler selbst wird im Rundfunk dem deutschen Volke sagen, wie er mit dem warmen Herzen des Blutsbruders in das Reich kommt, das für den Oesterreicher nicht die Fremde ist oder sein darf. Der Zweck der Berliner Reise Schobers erschöpft sich aber natürlich nicht in dem Austausch von Gefühlen, es sind vor allem die realen Notwendigkeiten der zwischen Deutschland und Oesterreich völlig ungeklärten Handelsbeziehungen, die den Gegenstand der Erörterungen bilden werden. Oesterreich erwartet hierbei von Deutschland, daß alles geschehe, um einen Zustand ein Ende zu machen, der den Ausfuhrhandel Oesterreichs mit Deutschland mit einem Passivum belastet, das im letzten Berichtsjahre 100 Millionen Schilling überstieg. Sicherlich wird die Aussprache des Bundeskanzlers mit den Leitern der deutschen Politik hier fördernd wirken und dazu beitragen, daß die bisherigen Hindernisse gründlich abgebaut und alle Mißverständnisse beseitigt werden.

Aktuelle politische Bedeutung trägt der Besuch